



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Ausgabe 1/2009
Januar 2009

Inhalt:

- I. Aktuelles aus der Gesetzgebung
- II. Aktuelles aus der Rechtsprechung
- III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen
- IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten
- V. Aus unserem Verlagsprogramm

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Konsequenzen durch den Beschluss zur Selbstauflösung des Landtages

Bekanntlich hat der hessische Landtag sich mit Beschluss v. 4.11.2008 selbst aufgelöst. Die vorgezogenen Landtagswahlen finden am 18.1.2009 statt. Dies hat auch Auswirkungen auf verschiedene Gesetzesvorhaben, die nicht mehr realisiert werden:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Hessischen Reisekostenrechts**
(vgl. Newsletter Nr. 4/2008). Dieses Gesetzesvorhaben war zwar in den verschiedenen Beteiligungsverfahren, ist jedoch nicht mehr in den Landtag eingebracht worden. Von daher kann es jetzt nicht mehr realisiert werden. Es bleibt abzuwarten, ob nach der Neuwahl im Januar 2009 das Vorhaben erneut aufgegriffen wird. Hiervon nicht betroffen ist die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung (s. unter Nr. 2).
- **Umsetzung des Beamtenstatusgesetzes in hessisches Recht**
(vgl. Newsletter Nr. 3/2008 und 4/2008). Auch dieses Vorhaben war in den verschiedenen Beteiligungsverfahren. Gleichwohl ist der Gesetzesentwurf nicht mehr in den Landtag eingebracht worden. Auch hier muss abgewartet werden, ob dieses Vorhaben im Jahre 2009 erneut aufgegriffen wird.

2. Wegstreckenentschädigung erhöht

Wie bereits im Newsletter Nr. 4/2008 sowie Nr. 5/2008 angekündigt bzw. berichtet, plante die Landesregierung im Vorgriff auf eine Änderung des Hessischen Reisekostenrechts u. a. Vorschriften für eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bei der dienstlichen Nutzung eines privaten Pkw's. Diese Erhöhung ist auch noch vorgenommen worden. Die Verordnung zur Anpassung der Wegstreckenentschädigung v. 29.10.2008 (GVBl. I S. 925) sieht, wie geplant, die Erhöhung von 0,30 € auf jetzt **0,35 €** vor. Alle anderen Sätze werden entsprechend erhöht. Anders als ursprünglich geplant, tritt die Regelung nicht mit Wirkung zum 1.1.2010 sondern mit Wirkung zum 1.1.2009 in Kraft (§ 2 der VO a. a. O.).

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

VG Darmstadt: Personalrat kann Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden und Freistellung entziehen

Das VG Darmstadt hatte über einen Fall zu entscheiden, bei dem ein örtlicher Personalrat per Mehrheitsbeschluss einem Mitglied die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden und auch die Freistellung entzogen hatte. Begründet wurde die Entscheidung des Personalrats damit, dass die Betroffene ihren Aufgaben nicht nachgekommen sei, sich an Absprachen nicht gehalten und insgesamt ein unkooperatives Verhalten an den Tag gelegt habe. Von diesem Beschluss unberührt blieb die Mitgliedschaft im Personalrat selbst. Gegen diesen Beschluss wandte sich die Betroffene. Sie behauptete, die Entscheidung insbesondere zum Widerruf der Freistellung sei mit Blick auf § 34 Abs. 3 Satz 1 HPVG rechtswidrig, da sie selbst an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen habe.





Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

Der Antrag blieb vor dem VG Darmstadt ohne Erfolg. Das Gericht entschied, dass die Beschlussfassungen korrekt vorgenommen worden seien. § 34 Abs. 3 Satz 1 HPVG sei hier nicht einschlägig, da es sich nicht um persönliche Belange der Betroffenen gehandelt habe, sondern um gesetzliche Funktionen.

*VG Darmstadt v. 11.9.2008,
Az.: 23 K 450/08.DA.PV*

VG Frankfurt a. M.: Leiharbeiternehmer sind bei den Personalratswahlen nach dem HPVG wahlberechtigt

Vor dem Hintergrund einer Wahlanfechtungsklage der Personalratswahlen bei den Universitätskliniken Frankfurt a. M. hat das VG Frankfurt a. M. entschieden, dass die bei der Rhein-Main Personalservice (RMPS) GmbH beschäftigten Leiharbeiternehmer, die ausschließlich zur Arbeitsleistung bei den Universitätskliniken Frankfurt a. M. eingesetzt werden, bei den Wahlen zum Personalrat des Universitätsklinikums Frankfurt a. M. wahlberechtigt und damit auch wählbar sind. Begründet wird diese Entscheidung im Wesentlichen mit dem Hinweis auf den Wortlaut des § 5 Satz 1 HPVG, der nicht zwingend ein Beschäftigungsverhältnis zur Dienststelle voraussetze. Zudem seit die Wahlberechtigung auch mit Blick auf Art. 37 Abs. 1 HV verfassungsrechtlich geboten.

Mit dieser Entscheidung betritt das VG Frankfurt a. M. Neuland. Bestand doch bislang mehrheitlich die Auffassung, dass Leiharbeiternehmern die Beschäftigteneigenschaft zur Dienststelle fehle, weshalb keine Wahlberechtigung gegeben sei. Die Entscheidung datiert v. 3.11.2008, die Beschwerde zum HessVGH wurde zugelassen, die Beschwerdefrist endet in der ersten Januar Woche 2009. Wir werden im nächsten Newsletter berichten, ob die Entscheidung rechtskräftig oder die Beschwerde beim HessVGH eingelegt wurde.

*VG Frankfurt a. M. v. 3.11.2008,
Az.: 23 K 1568/08.F.PV (V)*

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

1. Regelungen zu den Erschwerniszuschlägen bis einschl. 2009 verlängert

Am 3.12.2008 haben sich die Gewerkschaft ver.di und der Kommunale Arbeitgeberverband Hessen e. V. (KAV Hessen e. V.) darauf verständigt

- dass die auf der Basis des BMT-G II entwickelten Erschwerniszuschläge auch im Jahre 2009 unverändert gelten und gezahlt werden,
- die Höhe der Zuschläge ergibt sich auch für das Jahr 2009 aus der Höhe, wie sie für das Jahr 2008 gegolten hat. Eine Dynamisierung im Jahre 2009 wird nicht vorgenommen,
- Ende 2009 muss über eine weitere, grundsätzliche Fortgeltung der Zuschläge verhandelt werden,
- nach Abschluss der Tarifrunde 2010 im Geltungsbereich des TVöD muss über eine Dynamisierung verhandelt werden.

2. Weitere Regelungen zur Anpassungen bezirklichen Tarifrechts an den TVöD vorgenommen

Nach § 2 Abs. 2 TVÜ-VKA sind die Tarifvertragsparteien verpflichtet, die Anpassung des (ehemals) bezirklichen Tarifrechts an die Bedingungen des TVöD zu prüfen und Anpassungen vorzunehmen. Erstes Ergebnis für den kommunalen Bereich in Hessen war der Abschluss des landesbezirklichen Tarifvertrags Nr. 20/2007 v. 24.5.2007 zwischen ver.di und dem KAV Hessen e. V., mit dem eine Reihe von Regelungen bereits angepasst wurden. Im Rahmen der weiteren Verhandlungen mit dem KAV Hessen e. V. konnte am 3.12.2008 auf eine weitere Verständigung zur Aufhebung bzw. Anpassung ehemals bezirklichen Tarifrechts an die Bedingungen des TVöD erreicht werden. Auf die Details kann wegen der Vielzahl der tangierten Regelungen hier nicht eingegangen werden. Eine Übersicht ist jedoch sowohl beim KAV Hessen e. V.



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

als auch bei der Gewerkschaft ver.di, Landesbezirk Hessen, Tarifkoordination „Öffentlicher Dienst“ zu erhalten. Die ver.di-Tarifkommission hat diesem Verhandlungsergebnis einstimmig zugestimmt. Auch die Tarifkommission des KAV Hessen e. V. hat ihre Zustimmung erteilt. Seitens des KAV Hessen e. V. steht die Zustimmung jedoch noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Präsidiums des KAV Hessen e. V., das erst im März 2009 wieder tagt.

Bei alledem ist zu beachten, dass es sich bei der überwiegenden Mehrheit der jetzt aufgehobenen oder aber auslaufenden Regelungen um solche auf der Grundlage des BMT-G II sowie entsprechender bezirklicher Zusatztarifverträge handelt, mithin um Arbeits- und Einkommensbedingungen ehemaliger Arbeiterinnen und Arbeiter. Ziel war es, soweit diese Regelungen heute durch Vorschriften des TVöD überholt sind, sie an die neuen Bedingungen anzupassen. Soweit sie auch aktuell noch von Bedeutung sind, sollten sie weiter gelten. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass seit dem 1.10.2005 keine neu eingestellten Beschäftigten mehr unter diese Regelungen fallen, da der TVöD die überholte Zweiteilung in Angestellte einerseits und Arbeiterinnen und Arbeiter andererseits aufgehoben hat. Soweit Einstellungen mit Wirkung zum 1.10.2005 und danach vorgenommen wurden, erfolgten diese unter Beachtung der Regelungen des TVöD.

3. Tarif- und Besoldungsforderung 2009: 8 % mindestens 200 €, zeit- und inhalts- gleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten

Die ver.di Tarifkommissionen für das Land Hessen und die Stiftungsuniversität Frankfurt a. M. sowie der ver.di Landesbezirksbeamtinnen- und -beamtenausschuss haben am 12.12.2008 ihre Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde 2009 beschlossen:

- Erhöhung der Vergütungen, Ortszuschläge, Monatslöhne, Sozialzuschläge etc. um 8%, mindestens jedoch 200 €,
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 120 €,
- Laufzeit 12 Monate,
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des für den Bereich des Landes Hessen gefundenen Tarifiergebnisses auf die Landes- und kommunalen Beamtinnen und Beamten sowie in diesem Bereich eine Reduzierung und Vereinheitlichung der Dauer der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit

Die Forderungen wurden noch am gleichen Tag Innenminister Bouffier (CDU) sowie Prof. Dr. R. Steinberg verbunden mit der Aufforderung, Verhandlungstermine zu vereinbaren, übermittelt. Hinsichtlich der Forderung für den Bereich der Beamtinnen und Beamten ist jetzt noch eine DGB-interne Abstimmung erforderlich, da Spitzenorganisation nach § 110 HBG für den Bereich der Beamtinnen und Beamten der DGB-Hessen ist.

Die gesonderte Beschlussfassung einer Tarifforderung für das Jahr 2009 ist bekanntlich deshalb erforderlich, weil das Land Hessen seit April 2004 nicht mehr Mitglied der TdL ist und von daher die von der Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst der Gewerkschaft ver.di am 9.12.2008 beschlossene (identische) Forderung hier keine Wirkung entfaltet. Ähnliches gilt für die seit dem Januar 2008 rechtlich selbstständige Stiftungsuniversität Frankfurt a. M.

Die hessische Forderung für den Bereich der Landes- und kommunalen Beamtinnen und Beamten ergibt sich aus der Tatsache, dass das Besoldungsrecht seit September 2006 „föderalisiert“ ist.

Es wird allgemein davon ausgegangen, dass die ersten Verhandlungen noch Ende Januar/Anfang Februar 2009 stattfinden werden.



Für die Abonnenten des
HBR – v. Roetteken/Rothländer



Newsletter

Ein Service von www.hbr-online.net

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Dezember 2008:

199. Lfg. zur Gesamtausgabe (Tarifrecht):
TV-Einkommensverbesserung 2008, TV-Einkommensverbesserung Forst, TVöD, TVÜ-VKA, BT-E, BT-F, BT-B, BT-S, TV Sonderzahlung 2009, TVAöD

Januar 2009:

1200. Lfg. zur Gesamtausgabe = 93. Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
Arbeitszeit für den Justizvollzug, LehrerverpflichtungsVO, Auswahlrichtlinien für den höheren Polizeivollzugsdienst, Reformgesetz, BKomBesV, HWB-AufwEntschG, VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG, EZuIV, MVerGV, ÜZV, HBesG, Aushändigung von Urkunden bei Beendigung des Beamtenverhältnisses, VO über die Festsetzung von Zusätzen zu den Grundamtsbezeichnungen, HLVObF, HPOLLVO, Vergütung von nebenamtlichem und nebenberuflichem Unterricht, HLVO-EG, Lehraufträge an Verwaltungsfachhochschulen, HSchG, Sozialversicherungsfreiheit, Nachversicherung, HeilvFV, ZuständigkeitenVO auf dem Gebiet des Beamtenversorgungsrechts, Zuständigkeiten VO in Personalangelegenheiten, ArbSchG, ArbStättV, HDWV

Februar 2009:

201. Lfg. zur Gesamtausgabe = 94 Lfg. zu Teil IV (Beamtenrecht):
Das BeamtStG legt künftig die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten. Die Länder erhalten weitgehende Handlungs- und Gestaltungsoptionen für ihr Personal, um den unterschiedlichen Organisations- und Personalstrukturen Rechnung tragen zu können. Bundeseinheitlich sind nur noch die Grundstrukturen des Statusrechts geregelt. Damit bleiben die Einheitlichkeit des Beamtenrechts und die landesübergreifende Mobilität gewährleistet. Mit dieser Lieferung beginnt die Neukomentierung des BeamtStG und enthält die §§ 1-6, 10 und 45 BeamtStG.

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie unter <http://www.hbr-online.net/werk.html>.

V. Aus unserem Verlagsprogramm



Produkttyp



v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG

Loseblattwerk in 3 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 148,00 zzgl. Aktualisierungen

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

Bei den ausführlichen Hinweisen zu allen Vorschriften des Gesetzes wird nicht nur die rechtswissenschaftliche Literatur ausgewertet, sondern auch die Rechtsprechung der Verwaltungs- und Arbeitsgerichte, des BVerfG und vor allem die weitreichende Judikatur des Europäischen Gerichtshofs.

[\[bestellen\]](#)

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg

E-Mail: gudrun.schwarz@t-online.de

Tel. 0 61 45/3 43 96, Fax 0 61 45/3 42 71

Ihre Meinung ist uns wichtig!

Daher freuen wir uns immer über Kritik und Anregungen.

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

© 2009, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg

